

PSO

Personalverband der Stadt Olten

c/o Dr. Corinne Saner
Römerstrasse 14, 4600 Olten

Olten, Juni 2015

Mediencommuniqué Personalverband der Stadt Olten PSO, Betriebskommission und VPOD

Genug ist genug: keine weiteren Sparübungen auf dem Buckel des Personals

Der Stadtrat beantragt dem Städtischen Parlament eine Teilrevision des Personalreglements. Dies bedeutet eine Kürzung der möglichen Lohnanstiege um 10 % und verschiedene Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen bei Krankheit und Unfall. Die Personalverbände PSO und VPOD sowie die Betriebskommission lehnen diese Vorlage entschieden ab. Das Personal äusserte an einer Vollversammlung deutlich seine Meinung: genug ist genug.

Vollversammlung des Personals

Über 120 Angestellte folgten der Einladung von Betriebskommission, PSO und VPOD ins Feuerwehrmagazin. Während einer Stunde diskutierten die Betroffenen das neueste Sparpaket zulasten des Personals. In den vergangenen Jahren gab es schon manchen Sparentscheidungen auf dem Buckel der Angestellten. Mit der Besoldungsrevision 2008, der Abschaffung der Familienzulage, der Abschaffung der Betreuungszulage, dem letztjährigen Personalabbau, der Pensionskassenrevision mit Anhebung des Rentenalters um zwei Jahre mit erheblichen Auswirkungen auf die Altersrenten und den Reduktionen bei Dienstaltersprämien und Spesenentschädigungen hat das Personal bereits namhafte Beiträge zum Sparen geleistet. Bereits in Aussicht gestellt ist ausserdem eine weitere Verschiebung der Pensionskassenbeiträge zu Lasten des Personals.

Tiefe Personalkosten

Nicht von ungefähr hat Olten im Städtevergleich mit Solothurn, Aarau, Zofingen und Grenchen die tiefsten Personalkosten: Nur 52 % der Steuereinnahmen braucht Olten für die Personalkosten im Vergleich zu 62 % in Aarau, 63 % in Zofingen, 66 % in Solothurn und 74 % in Grenchen.

Es regt sich Widerstand

Nach der neuesten Sparvorlage des Stadtrates regt sich im Personal offener Widerstand. Besonders gross ist die Empörung über die von gewissen Parlamentariern geäusserte Behauptung, das Personal sei vom Sparkurs bisher verschont worden. „Das ist ganz einfach nicht wahr“, tönte es an der Vollversamm-

lung, „und zeigt, dass die Arbeit nicht geschätzt und die Angestellten nicht respektiert werden“.

Absurdes Lohnsystem

„Wenn man 70 Jahre lang arbeiten muss, um das Maximum des Lohnbandes erreichen zu können, dann ist das absurd“, brachten es mehrere Versammlungsteilnehmer auf den Punkt. Genau zu diesem Effekt führt aber die vom Stadtrat vorgeschlagene Teilrevision des Personalreglements. Während in der Privatwirtschaft jährliche Lohnerhöhungen ausgehandelt werden, weil der Zuwachs an Erfahrung honoriert wird, soll der jährliche Anstieg bei den städtischen Angestellten bei guter Leistung maximal (!) 0,5 % ausmachen.

Verschlechterung der Arbeitsplatzsicherheit

Dass die Vorlage des Stadtrates für Erkrankte und Verunfallte weniger lange Lohnfortzahlung und dafür kürzere Sperrfristen vorsieht und eine missbräuchliche Kündigung durch den Arbeitgeber in Zukunft sogar sanktionslos bleiben kann, rundet das Bild der Verschlechterung der Arbeitsplatzsicherheit ab. Besonders unschön bei diesem Teil der Revision ist, dass jährlich nur ganz wenige Fälle davon betroffen sind, so dass die Stadt mit den Änderungen kaum etwas einspart, der betroffene Angestellte dafür aber vor existenzielle Probleme gestellt wird.

Genug ist genug

Das städtische Personal war bislang duldsam und schluckte aus Einsicht und Verständnis auch schmerzvolle Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen. Diese Loyalität droht nun zu brechen. In der Diskussion unter den Angestellten verschafften sich nicht nur die Frustration über die fehlende Wertschätzung und die Attacke auf das Lohnsystem Gehör. Gestellt wurden auch Forderungen nach schärferen Protesten und mehrstündigen Arbeitsniederlegungen. Das Parlament ist klar gefordert und wird deshalb von den Personalverbänden und der Betriebskommission zur Besonnenheit und verantwortungsvollem Entscheiden aufgerufen.

Befristung?

Die Personalvertreter haben insbesondere kein Verständnis dafür, dass ihr Vorschlag für eine Befristung der „Sparmassnahme Lohnsystem“ nicht aufgegriffen wurde. Dies hätte immerhin signalisiert, dass bei einer Gesundung der städtischen Finanzen die Angestellten wieder besser gehalten werden sollen.